

**„Nie wieder Krieg! Wir werden die Wehrpflicht verhindern!“***Resolution der III. Schulstreikkonferenz am 18-19. Juli 2026*

Seit Januar werden „Wehrdienst-Erfassungsbögen“ an alle 18-Jährigen verschickt, nächstes Jahr sollen die Musterungen beginnen. Die Bundesregierung droht mit der Wehrpflicht, wenn ihnen die Zahlen derjenigen, die sich freiwillig melden, nicht reichen. Doch wir wollen nicht zur Wehrpflicht gezwungen werden und nicht in den Krieg ziehen. Das zeigen 99,82% der Jugendlichen, die trotz Fragebogen nicht zum Wehrdienst wollen – 28% der Männer haben ihn sogar ignoriert, obwohl ihnen Bußgelder drohen. Das zeigen die drei Schulstreiks gegen die Wehrpflicht mit rund 50.000 Teilnehmer:innen und das zeigen die Aktionen gegen den Veteranentag in ganz Deutschland. Wir kämpfen weiter gegen die Wehrpflicht und Militarisierung! Wir werden noch aktiver...

1. ...denn wir wollen keine verpflichtenden Fragebögen, Bußgelder, Musterungen, keine Schaffung von Musterungszentren im ganzen Land und keine geplante Eingliederung des Bundesfreiwilligendienstes in den Kriegsdienst. Sie sind Mittel, um die Wiedereinführung der Wehrpflicht und so einen weiteren von Deutschland ausgehenden Krieg vorzubereiten.

2. ...denn wir wollen nicht 180 Tage unseres Lebens aufgeben, um in einer Kaserne zu Drill und Gehorsam erzogen zu werden. Durch Jugendoffiziere an Schulen, Werbung und indem man uns mit mehr als 2000€ im Monat und einem kostenlosen Führerschein lockt, soll die Bundeswehr normalisiert werden. Sie verkaufen uns den Kriegsdienst als „Abenteuer“, während wir wissen, dass uns Zwang, Erniedrigung, Sexismus, Rechtsextremismus und Rassismus erwarten. Nach der Wehrpflicht bleiben wir unser Leben lang Reservist:innen, können Jahrzehnte zu Kriegsübungen und zum Krieg gezwungen werden.

3. ...denn wir wollen nicht in einen Krieg ziehen, in dem wir auf junge Menschen aus anderen Ländern schießen sollen, die genauso wie wir nicht in den Krieg ziehen wollen, die genauso wie wir Ängste und Hoffnungen haben und eine Zukunft wollen, die genauso wie wir von diesem Krieg nichts zu gewinnen und alles zu verlieren haben. Mit einer Wehrpflicht sollen wir als Kanonenfutter ausgebildet, in den Schützengraben gezwungen werden. Krieg kostet uns das Leben, während Konzerne wie Rheinmetall Rekordprofite machen.

4. ...denn wir wollen nicht zur Waffe gezwungen werden, damit Deutschland „erneut die führende Militärmacht Europas“ (Brandt, Bündnis 90 / Die Grünen) und die Bundeswehr „zur stärksten konventionellen Armee Europas“ wird (Merz, CDU und Pistorius, SPD). Wofür diese Führungsmacht steht, sehen wir, wenn die deutsche Regierung Waffen an Israel liefert und sich zum Mittäter an der Vernichtung und Vertreibung des palästinensischen Volkes macht, wenn sie zu illegalen Angriffskriegen wie dem gegen Iran schweigt oder sie unterstützt. Die

Bundeswehr steht für die Sicherung und Erkämpfung von Handelsrouten und Einflussssphären, statt für die Interessen der breiten Bevölkerung.

5. ...denn wir merken die Kriegsvorbereitung jetzt schon, wenn Milliarden über Milliarden in die Aufrüstung gesteckt werden, während unsere Schulen und Unis kaputtgespart werden, unsere Löhne sinken und in der Gesundheit und im sozialen Bereich immer mehr gekürzt wird. Jeden Panzer, jede Rakete bezahlen wir mit kaputten Schulen und Sozialkürzungen. Wir lernen in heruntergekommenen Gebäuden, mit veraltetem Material und von überlasteten Lehrkräften. Auch nach der Schule gibt es kaum noch eine sichere Perspektive. Kaum ein Betrieb bildet mehr aus oder übernimmt Azubis. Es erwarten uns zu niedrige Löhne bei steigenden Lebenshaltungskosten und Massenentlassungen. Auch studieren wird immer mehr zum Luxus. Zudem erwartet uns zukünftig nicht einmal eine Rente oder Schutz im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit. All dies nutzt die Bundesregierung, indem sie die Bundeswehr als einzige Alternative für heutige Jugendliche bietet. Nicht nur die Wehrpflicht zwingt viele von uns an die Waffe, sondern auch die steigende Perspektivlosigkeit.

6. ...denn wir wehren uns zusätzlich gegen jede Form von Zwangsdiensten, die entweder als scheinheiliger „Ersatz“ zur Wehrpflicht präsentiert werden oder im Sinne des Grundgesetz Artikel 12a im „Verteidigungsfall“ eingefordert werden können. Hier richten wir uns auch gezielt gegen den Sanitäts- und Lazarettendienst, der von Frauen im Kriegsfall ausdrücklich gefordert werden kann.

7. ...denn unsere Streiks und Aktionen können etwas bewegen. Die Schulstreiks gegen Wehrpflicht sind heute nicht mehr wegzudenken. Das sehen wir, wenn die Kriegsdienstverweigerungszahlen jetzt nicht mehr veröffentlicht werden. Das sehen wir, wenn die Medien einfach nicht fassen können, dass wir uns selbst für unsere Interessen organisieren können und deswegen behaupten, wir seien unterwandert oder "linksextrem"! Wir sind Schüler:innen, die sich in einem breiten Bündnis gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Krieg engagieren. Teil dieses Bündnisses können alle sein, die es aufrichtig mit dem Kampf gegen die Wehrpflicht meinen. Es wird versucht uns mit Schuleinsperrungen während Streiks, Verboten von Schulhofkundgebungen und Anzeigen wegen Demoparolen einzuschüchtern. Doch dadurch lassen wir uns nicht abhalten und antworten mit weiteren Aktionen und Streiks!

Um der Wehrpflicht etwas entgegenzusetzen, werden wir:

1. **Am Freitag, den 25.09., den nächsten Schulstreik gegen die Wehrpflicht organisieren!** Damit werden wir in der Woche des Weltfriedenstag gemeinsam aktiv und streiken während der groß angelegten Militärübung Red Storm Charlie in Hamburg, die zur Kriegsvorbereitung dient.

2. An der Demonstration „Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!“ am 3.10. in Berlin und Stuttgart teilnehmen. Am 02.10. beteiligen wir uns an der Konzertkundgebung „Unzwingbar – Kein Bock auf Krieg und Wehrpflicht!“ in Berlin! Danach wollen wir am 04.10. beim Jugendkongress gegen Krieg in Berlin voneinander lernen und gemeinsam Perspektiven entwickeln.
3. **Wir stören Bundeswehrauftritte und schaffen Schulen ohne Bundeswehr!** Dazu versuchen wir Umfragen, Infoveranstaltungen und Unterschriftensammlungen durchzuführen, Beschlüsse durch Abstimmungen auf Schulhofkundgebungen, S(M)Ven, Schüler:innenvollversammlungen oder Schulkonferenzen zu fassen und uns den Jugendoffizieren bei Schulbesuchen in den Weg zu stellen. Damit wir das schaffen bauen wir an jeder Schule lokale Streikkomitees auf, in denen wir praktisch lernen uns dort zu organisieren, wo wir uns täglich aufhalten, um zusammen mit unseren Mitschüler:innen die Militarisierung zu verhindern. Wir wollen mit jedem Streikkomitee mit mindestens einer dieser Aktionen aktiv werden. **Den Kampf gegen die Kriegsvorbereitung mit den sozialen Kürzungen in Verbindung stellen!** Deshalb beteiligen wir uns an den bundesweit stattfindenden Demonstrationen und Protestaktionen gegen die Sozialkürzungen. Zu unserem nächsten Streiktag laden wir darum Redner:innen aus den Gewerkschaften des DGB ein und solidarisieren uns mit den bundesweit geplanten Aktionstagen gegen die Sozialkürzungen am 26.09.
4. **Uns vernetzen und verbreitern!** Unser Kampf geht alle was an – deshalb stärken wir den Austausch mit Studierenden, Auszubildenden, Lehrer:innen, Eltern, Gewerkschaften und der Friedensbewegung und kommen zusammen in Aktion.
5. **Wir vernetzen uns auch über Deutschland hinaus - denn den Kampf gegen Wehrpflicht und Militarisierung müssen wir über Ländergrenzen hinausführen!** Am 20. November führen wir einen Aktionstag in Deutschland durch, weil dort auch Organisationen aus anderen Ländern gegen Aufrüstung, Krieg und Wehrpflicht aktiv werden.
6. **Am 14./15.11. führen wir (bspw. in Bonn) die IV. Schulstreikkonferenz durch,** um weitere Schulstreiktage, Aktionen und Orientierungen zu diskutieren, zu beschließen und uns weiter zu vernetzen.

Nein zur Wehrpflicht!

Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!